

WP-06-075 Ein Land der Vielfalt

Antragsteller*in: Patrick Kloß (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-06

Von Zeile 74 bis 77:

es gibt. Wir unterstützen die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker*innen in ihrer Arbeit, und stärken ihre Position gegenüber der hauptamtlichen Verwaltung ~~und~~. Dafür verbessern wir die Rahmenbedingungen, beispielsweise bei kommunalpolitischer Mandate, in kreisfreien Städten wollen wir die Aufwandsentschädigung für Ratsmitglieder auf das Niveau einer Teilzeitbeschäftigung anheben. Finanziert werden soll dies durch eine Reduzierung der Zahl der Sitze in den kommunalen Vertretungen. So schaffen wir mehr Zeit für politische Arbeit und verbessern die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und kommunalem Mandat.

Begründung

Im kommunalpolitischen Ehrenamt beträgt der tatsächliche Zeitaufwand schnell 15 Stunden pro Woche und mehr. Dieses Engagement ist trotz bestehender Regelungen zur Freistellung nur dann dauerhaft möglich, wenn ein Arbeitgeber die notwendige Flexibilität ermöglicht und das private Umfeld, insbesondere Familie und Partner*innen ausreichend Unterstützung leisten kann.

Gleichzeitig leidet die kommunalpolitische Arbeit unter einem strukturellen Zeitproblem. Kommunalpolitik findet vielfach als „Feierabendpolitik“ statt. Arbeitskreise, Fraktionssitzungen, Ausschüsse, politische Meinungsbildung sowie der Austausch mit Partei, Verwaltung und Stadtgesellschaft müssen überwiegend zwischen 17 und 20 Uhr stattfinden. Das schränkt nicht nur die Möglichkeiten der politischen Arbeit ein, sondern auch die Qualität und Vielfalt der Beteiligung.

Die Folgen sind offensichtlich. Kommunalpolitische Mandate sind für Menschen mit kleinen Kindern, umfangreicher Care-Arbeit oder weniger flexiblen Arbeitszeiten deutlich schwerer wahrzunehmen. Entsprechend sind Kommunalpolitiker*innen im Durchschnitt älter und Menschen mit kleinen Kindern in den kommunalen Vertretungen unterrepräsentiert. Wer aufgrund von Betreuungs- oder Arbeitsverpflichtungen nicht an Terminen teilnehmen kann, verliert nicht nur selbst die Möglichkeit zur politischen Mitwirkung, auch die Perspektiven und Erfahrungen dieser Menschen fehlen in den politischen Debatten.

Gerade vor dem Hintergrund der angespannten finanziellen Situation vieler Kommunen ist eine deutliche Erhöhung der kommunalen Ausgaben jedoch nicht ohne Weiteres möglich. Deshalb sollte diskutiert werden, ob eine Reduzierung der Zahl der Sitze in den kommunalen Vertretungen bei gleichzeitiger Erhöhung des zeitlichen und finanziellen Spielraums der einzelnen Mandate nicht zu einer insgesamt höheren Qualität kommunalpolitischer Arbeit führen kann.

Weniger Mandate könnten dabei mit einer stärkeren Ausstattung der einzelnen Mandate verbunden werden. Wer bereits am frühen Nachmittag Zeit für Kommunalpolitik aufbringen kann, hat bessere Möglichkeiten, sich intensiv mit Vorlagen auseinanderzusetzen, Fachgespräche zu führen, Bürger*innen zu erreichen und politische Positionen gemeinsam zu entwickeln. Ziel sollte daher sein, Kommunalpolitik stärker zu professionalisieren, damit sie so ausgestaltet werden kann, dass sie auch für Menschen mit Familie, Care-Verantwortung und unterschiedlichen beruflichen Hintergründen tatsächlich zugänglich ist. Das LAND NRW ist alleine zuständig für die Gemeindeordnung und die Vergütungsstruktur der Kommunalpolitik.

Unterstützer*innen

Ragna Kirck (KV Köln); Helga von Umscheiden (KV Köln); Salvatore Mancuso (KV Köln); Ulrike Dieminger (KV Köln); Kathrin Selzer (KV Duisburg); Elisabeth Huther (KV Köln); Carolin Korsten (KV Köln); Anna Daphne Bamidis (KV Köln); Irene Ofteringer (KV Köln); Michelle Achour (KV Köln); Allen Khaleel (KV Köln); Maximilian Vogel (KV Köln); Marie Brüning (LV Grüne Jugend NRW); Anna Leonore Kipp (KV Köln); Luca Friedrich Hüllenkremer (KV Köln); Maximilian Feldes (KV Köln); Christine Müller-Hechfellner (KV Essen); Maja Semrau (KV Köln); Ulrich Kathöfer (KV Münster)